

Für eine verantwortungsbewusste Politik

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein Jahr Große Koalition liegt hinter uns. Vor uns liegt noch viel Arbeit – aber ich denke, dass wir ihr mit viel Zuversicht entgegen sehen können.

Das vergangene Jahr hat mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um 536.000 und einem Zuwachs an 317.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen einen Aufschwung bei der Beschäftigung und bei der wirtschaftlichen Entwicklung mit + 2,3 % gebracht. Das setzt sich aller Voraussicht nach auch im kommenden Jahr fort. Auf der anderen Seite ist uns der Einstieg in die Haushaltskonsolidierung gelungen. Das ist eine wichtige Voraussetzung für mehr politischen Handlungs- und Gestaltungsspielraum.

Nun hat unser Koalitionspartner vor zwei Wochen bei seinem Parteitag auf Initiative von Jürgen Rüttgers einen Antrag beschlossen, der vorsieht, die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für ältere Arbeitslose zu verlängern. Dieser Antrag hatte zuvor eine so genannte „Gerechtigkeitsdebatte“ ausgelöst.

Um es deutlich zu sagen: Mit Gerechtigkeit hat der Antrag von Rüttgers nichts zu tun. Nüchtern betrachtet sprechen vor allem drei Gründe gegen ein solches Vorgehen: Erstens würde es das Solidarprinzip in der Arbeitslosenversicherung schwächen. Die Arbeitslosenversicherung ist eine Risiko- und keine Ansparversicherung. Zweitens müsste die Erhöhung für Ältere mit Kürzungen bei den Jüngeren finanziert werden. Und drittens verbirgt sich hinter dem Rüttgers-Vorstoß die Absicht, wieder den Unterhaltsrückgriff in der Familie einzuführen. Damit müssten zunächst mal die Kinder oder die Eltern bei Arbeitslosigkeit ihres Familienangehörigen aufkommen, bevor überhaupt Arbeitslosengeld gezahlt würde. Im übrigen würde eine zunächst einmal 10jährige Einzahlungsphase in die Arbeitslosenversicherung einen Großteil von Arbeitlosen aus dem Bezug ausschließen.

Wir Sozialdemokraten müssen dafür Sorge tragen, dass „gerechte“ Politik nicht missverstanden wird als eine Er-

höhung und Verlängerung von Transferzahlungen. Stattdessen muss sie alles unternehmen, um Menschen einerseits gegen Risiken abzusichern und andererseits zu erreichen, dass diese Risiken gar nicht erst eintreten. Deshalb setzen wir uns als SPD für einen „vorsorgenden“ Sozialstaat ein. Ein Staat, der denjenigen hilft, die Hilfe benötigen, und dabei gleichzeitig Bedingungen dafür schafft, dass weniger Menschen auf Hilfe angewiesen sind. So gesehen, muss alles dafür getan werden Ausbildung und Arbeit zu schaffen und die Phasen von Arbeitslosigkeit möglichst kurz zu halten.

Dabei spielen Aus- und Weiterbildung eine wichtige Rolle, und da spielt auch die Debatte um Mindest- oder Kombilöhne mit hinein: Von ehrlicher Arbeit muss man auch anständig leben können. Und dazu gehört auch die Einsicht, dass älteren Arbeitnehmern am Besten damit geholfen ist, wenn ihre Beschäftigungsfähigkeit erhalten bleibt und wir die Integration älterer Arbeitsloser in die Betriebe stärker fördern. Die „Initiative 50plus“, die wir im Dezember im Bundestag diskutiert haben, soll hier gute Unterstützung leisten.

Verantwortungsvolle Politik verlangt von uns, einzelne Politikbereiche nicht isoliert zu betrachten sondern in ihrem Zusammenspiel. Diese Aufgabe ist der großen Koalition bislang gut gelungen – die Verbindung von Haushaltssanierung und kluger Wachstumspolitik ist das prominenteste Beispiel. Aber genauso sind eine intakte Umwelt, gute Bedingungen für Familien oder ein stabiles internationales Umfeld wesentliche Voraussetzungen für stabile wirtschaftliche Entwicklung. Die SPD hat diese Politik maßgeblich mitgeprägt. Daran arbeiten wir auch im kommenden Jahr weiter!

Ein herzlicher Dank für die mir im zurückliegenden Jahr zuteil gewordene Unterstützung, Anregungen und kritische Solidarität. Euch allen und euren Familien geruhsame Feiertage und einen guten Rutsch in ein erfolgreiches und gesundes neues Jahr.

Herzlich grüßt

Euer




Franz Thönnnes, MdB

IN DIESER AUSGABE:

BERLINER GESCHEHEN

- 2 Ein Jahr große Koalition
- 3 Hilfe für Helfer
- 4 Bundestag beschließt Haushalt
- 4 Elterngeld kommt zum 1.1.
- 5 Vorsitzender der Ostseeparlamentarier
- 5 Kabinett beschließt „Initiative 50plus“ und Rente mit 67

WAHLKREISGESCHEHEN

- 6 Tage im Spätsommer und Herbst 2006
- 7 Impressum
- 8 Veranstaltung: Fraktion vor Ort

ZU GUTER LETZT

- 9 Zu Gast bei Thönnnes
- 9 Team von Franz ergänzt
- 9 Kontakt
- 9 Reden



Seit November 2005 an einem Tisch: das rot-schwarze Kabinett

Ein Jahr Große Koalition

Am 18. November 2005 schlossen SPD und CDU ihren Koalitionsvertrag. Seitdem regieren sie zusammen in Berlin. Die gemeinsame Arbeit war nicht immer reibungslos – aber es war doch ein erstes Jahr, dessen Ergebnisse sich sehen lassen können.

Gleich zum Dienstantritt erzielte die Große Koalition bei der Föderalismusreform einen wichtigen Durchbruch. Ansonsten wurde der Reformkurs der rot-grünen Regierung fortgesetzt und ein Zweiklang vereinbart, der lautete: Auf der einen Seite sparen und den Haushalt sanieren, auf der anderen Seite investieren und mit Reformen die Voraussetzungen für mehr Wachstum und Beschäftigung schaffen.

Die Zahlen bestätigen diesen Kurs: Das Wirtschaftswachstum ist das höchste seit sechs Jahren, die Zahl der Arbeitslosen ist im Vergleich zum Vorjahr um 536.000 zurückgegangen, bei einem deutlichen Zuwachs von 317.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Besonders positiv: Der Trend am Arbeitsmarkt hat auch junge Arbeitslose (minus 135.000) und ältere (minus 60.000) erfasst, auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist zurückgegangen. Auf der anderen Seite gelang der Einstieg in die Haushaltsanierung.

Auch bei den schwierigen Problemfeldern der Sozialversicherungen wurden Fortschritte erzielt. Die Bundesagentur für Arbeit erwirtschaftete erstmals seit 1988 einen Überschuss, der die deutliche Senkung der Beiträge bei gleichzeitiger Aufstockung der Eingliederungshilfen ermöglicht. Auch die Rentenversicherung liegt im Plus. Das alles ist erfreulich, auch wenn man

weiß, dass ein Teil hiervon auf die 13malige Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge in diesem Jahr zurückgeht. Beim hochkomplexen Problem Gesundheitsreform wurde eine Einigung erzielt, die — bei aller Kritik — gewährleistet, dass jeder Zugang zur notwendigen medizinischen Versorgung behält, es keine Leistungskürzungen sondern sogar -ausweitungen gibt. Hinzu kommt, dass keiner künftig mehr ohne Versicherungsschutz sein muss. Eine stärkere Steuerfinanzierung wird im übrigen Schritt für Schritt auch für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Mit der Absenkung der Lohnnebenkosten und der Unternehmenssteuerreform wird der Standort Deutschland weiter gestärkt. Indirekt tragen dazu aber auch getroffene Vereinbarungen zur Energiesicherheit, zur Umweltpolitik, zur Familienpolitik, zur besseren Integration von Ausländern oder zum Bürokratieabbau bei – indem sie allgemeine Rahmenbedingungen verbessern, die wirtschaftlichen Entscheidungen zugrunde liegen.

Das heißt nicht, dass nicht noch viel Arbeit wartet: So ist zum Beispiel die Ausbildungssituation junger Menschen nicht zufrieden stellend; auf Familien-, Bildungs-, Klimapolitik kommt es immer mehr an; und internationale Entwicklungen werden Deutschland weiterhin viel abverlangen. Doch kann das erste Jahr der Koalition durchaus Anlass zu der Hoffnung geben, dass es gelingen wird, derartige Probleme nicht nur zu verwalten, sondern Politik zu gestalten – „mit Mut und Menschlichkeit“.



Ehrenamtliches Engagement — unersetzlich in unserer Gesellschaft

Hilfe für Helfer

Bundesfinanzminister Peer Steinbrück hat die Eckpunkte der Initiative „Hilfen für Helfer“ vorgelegt. Damit sollen ehrenamtlich Tätige künftig mit zusätzlich 400 Mio. Euro unterstützt werden.

„Die Hilfen für Helfer sind eine wichtige Investition in die Stärkung des Gemeinsinns der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes und eine erste Rendite unseres erfolgreichen Konsolidierungskurses“, sagte Steinbrück bei der Vorstellung der Eckpunkte in Berlin. Diese sehen insgesamt zehn Maßnahmen vor, die die Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement erheblich verbessern sollen.

Unter anderem sollen Bürgerinnen und Bürger künftig für bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten wie die unentgeltliche Betreuung kranker oder behinderter Menschen 300 Euro von ihrer Steuerschuld abziehen können. Außerdem soll die steuerfreie Übungsleiterpauschale, die zum Beispiel ehrenamtliche Trainer in Sportvereinen in Anspruch nehmen können, von 1.848 auf 2.100 Euro angehoben werden.

Daneben ist vorgesehen, die Höchstgrenzen für den Spendenabzug auf 20% anzuheben und zu vereinfachen. Die Besteuerungsgrenze für wirtschaftliche Tätigkeiten gemeinnütziger Körperschaften soll auf 35.000 Euro steigen, der Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von 307.000 auf 750.000 Euro. Zudem soll Bürokratie im Spendenrecht abgebaut werden.

Anfang des Jahres soll sich das Kabinett mit den Vorschlägen befassen. Vorgesehen ist, dass das Maßnahmenpaket nach Verabschiedung durch den Bundestag dann rückwirkend zum 1. Januar 2007 in Kraft tritt.

Der Bundesverband Deutscher Stiftungen zeigte sich in einer ersten Reaktion sehr angetan von der Initiative. Das Programm sei ein großer und mutiger Schritt für die Bürgergesellschaft, der die Motivation für ein Engagement für das Gemeinwohl stärke: „Das Programm bringt Millionen Menschen, die sich privat engagieren für dieses Land, die verdiente Anerkennung.“

Bundestag beschließt Haushalt

Der Bundestag hat im November den Bundeshaushalt für das kommende Jahr beschlossen. Dabei fällt die Neuverschuldung auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung: Einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 19,6 Mrd. Euro stehen Investitionen von 24 Mrd. Euro gegenüber. Damit wird sowohl die Verschuldungsgrenze nach Artikel 115 des Grundgesetzes als auch das Maastricht-Defizitkriterium 2007 wieder eingehalten. Den größten Etat hat das Ressort Arbeit und Soziales, das im kommenden Jahr rund 124 Mrd. Euro erhält.



Markenzeichen der Koalition: gesparte Euros

Die Schätzungen zu Steuereinnahmen beruhen auf einer eher vorsichtigen Schätzung. Während die Wirtschaftsforschungsinstitute mit 1,8% wirtschaftlichen Wachstums in 2007 rechnen, geht die Bundesregierung von 1,4% aus. Das stellt eine verantwortungsvolle Haushaltsfüh-

rung auf solide Beine.

Dennoch: auch 2007 wird der Bund voraussichtlich über 40 Mrd. Euro für Zinsen ausgeben – das ist mehr als die Etats der Ministerien für Inneres, Wirtschaft, Verbraucherschutz, Gesundheit, Umwelt, Familie, Ent-

wicklung und Bildung und Forschung zusammen. Insgesamt steht der Schuldenstand allein des Bundes bei 900 Mrd. Euro. An einer nachhaltigen Finanzpolitik, d.h. auch an der Erhöhung der Mehrwertsteuer führt deshalb kein Weg vorbei – gerade im Interesse künftiger Generationen.

Elterngeld kommt zum 1. Januar 2007

Zum 1. Januar 2007 wird das neue Elterngeld eingeführt. Mit dieser Leistung nach skandinavischem Vorbild wird Eltern während der Betreuung ihrer Kinder 67% ihres vorigen Einkommens ersetzt.

Höchstens 1.800 Euro, mindestens aber 300 Euro monatlich werden bis zu einem Jahr lang gezahlt und nicht auf sonstige Sozialleistungen angerechnet. Beteiligen sich beide Elternteile an der Kinderbetreuung sind sogar 14 Monate Elterngeldsbezug möglich. Voraussetzung dafür ist, dass jeder Partner für min-

destens zwei Monate seine berufliche Tätigkeit unterbricht bzw. reduziert. Alleinerziehende können die Leistung grundsätzlich 14 Monate lang erhalten.

Mit dem Elterngeld setzt die Koalition die moderne Familienpolitik der rot-grünen Regierung fort. In Kombination mit anderen Maßnahmen – wie dem Ausbau der Betreuung für unter 3-jährige Kinder oder der Einführung von Ganztagschulen – soll das Elterngeld die Voraussetzungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schaffen.



Kleine Menschen brauchen einen starken Halt
— das Elterngeld ist ein Weg dazu

Thönnnes Vorsitzender der Ostseeparlamentarier

Einstimmig wurde Franz Thönnnes zum neuen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der Ostseeparlamentarier-Konferenz gewählt.

Er steht damit dem neunköpfigen obersten Gremium des seit 15 Jahren bestehenden parlamentarischen Zusammenschlusses der Ostsee-Anrainer vor. Sein Stellvertreter ist der russische Duma-Abgeordnete Gennady Khripel. Insgesamt sind 10 nationale und 10 Regionale Parlamente, darunter Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Mecklenburg-Vorpommern sind Mitglied der 150 Delegierte umfassenden Konferenz.

Als wichtigste organisatorische Aufgabe sieht Thönnnes die Vorbereitung der 16. Ostseeparlamentarier-Konferenz Ende August 2007 in Berlin an. Der Deutsche Bundestag ist dann zum ersten Mal Gastgeber für die Zusammenkunft der Parlamentarier aus dem Ostseeraum. Hierzu sind die Bundeskanzlerin Angela Merkel, Vizekanzler Franz Müntefering, Außenminister Frank-Walter-Steinmeier und die EU-Kommissare Vladimir Spidla (Soziales) sowie Joe Borg (Maritime Angelegenheiten) eingeladen. Inhaltlich wird im Vorfeld der Konferenz an den Schwerpunkten Integrierte Meerespolitik, Arbeitsmarkt und



Herzansliegen für Thönnnes: Die Ostsee

soziale Wohlfahrt sowie Verstärkung der Zusammenarbeit im Ostseeraum gearbeitet. Thönnnes: „Das sind für uns in Schleswig-Holstein mit unseren beiden Meeren, der Hafenvirtschaft und den grenzüberschreitenden Arbeitsmärkten ganz wichtige Themenstellungen. Schließlich geht es dabei um unseren Einfluss in Brüssel, die Zusammenarbeit mit Russland, die Schiffssicherheit und den Schadstoffeintrag sowie Grenzpendler und die Arbeitsbedingungen bei offenen Arbeitsmärkten.“

Kabinett beschließt Initiative 50plus und Rente mit 67



Länger gesund und aktiv: Deutschlands Arbeitnehmer

Das Bundeskabinett hat die Rente mit 67 beschlossen. Gleichzeitig soll die Initiative 50plus die Beschäftigungschancen älterer Arbeitnehmer verbessern.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter. Wurden jedoch im Jahre 1960 noch durchschnittlich zehn Jahre lang Rente gezahlt, sind es mittlerweile 17 Jahre; 2030 werden es 20 Jahre sein. Das ist in erster Linie erfreulich. Aber es stellt die Rentenversicherung auch vor eine große Herausforderung. Hinzu kommt, dass bis 2030 die Zahl der Über-65-Jährigen um 6,4

Mio. steigen und die Zahl derer zwischen 15 und 64 Jahren um 5,3 Mio. sinken wird. Damit verringert sich zum einen das Erwerbspersonenpotential erheblich. Zum anderen wird dies aber auch starke Auswirkungen auf die Beschäftigtenstrukturen in den Unternehmen haben.

Deshalb hat das Bundeskabinett die stufenweise Anhebung des Renteneinstiegsalters beschlossen. Das wird nicht sofort greifen, sondern in kleinen Schritten ab 2012. Erst 2029 wird die Regelaltersgrenze dann bei 67 Jahren liegen. Die Bundesregierung hat sich diese Entscheidung nicht leicht gemacht – aber sie ist notwendig im Sinne einer vorausschauenden Politik.

Auf der anderen Seite verlangt sie auch, noch mehr Augenmerk auf die Chancen älterer Arbeitnehmer zu richten. Dazu dient die „Initiative 50plus“: Mit Kombilöhnen, Eingliederungszuschüssen und Weiterbildungsangeboten soll geholfen werden die Beschäftigungsfähigkeit Älterer zu erhalten und den Zugang älterer Arbeitsloser zu Beschäftigung wesentlich zu erleichtern. Das wirkt zugleich dem drohenden Fachkräftemangel entgegen, indem Erfahrung und Wissen älterer Arbeitnehmer besser genutzt werden. Gehandelt werden muss auch mit Tarif- und Betriebsvereinbarungen. Auch hier gilt es die geschaffenen rechtlichen Möglichkeiten der Betriebsverfassung offensiv zu nutzen

Tage im Spätsommer und Herbst 2006

Von Franz Thönnies — Ein sehr arbeitsintensives Halbjahr liegt hinter uns. Auf Bundesebene galt es – neben den Sitzungswochen – auch in der Republik einiges an Terminen wahrzunehmen.

Ganz besonders wichtig sind mir dabei die Veranstaltungen, bei denen es um die Verbesserung der Situation von Menschen mit Behinderungen geht. Unsere Initiative „job – Jobs ohne Barrieren“ ist dabei ein richtiger Renner. Bei e.on in Düsseldorf war am 18.9. der Saal proppevoll, als es um die Verbesserung der Ausbildungssituation junger Menschen mit Behinderungen und einen besseren Übergang aus der außerbetrieblichen Ausbildung in den Betrieb ging. Voll war auch der Rathaussaal in Hamburg, als ich dort den Integrationspreis der Hamburger Schwerbehindertenvertretung überreichen durfte. Und über 430 Teilnehmer waren schließlich am 03.11. in Stuttgart: Hier sprachen wir einen ganz Tag lang über das Betriebliche Eingliederungsmanagement. Danach sind die Arbeitgeber verpflichtet, mit Arbeitnehmern, die binnen eines Jahres länger als sechs Wochen krank sind, das Gespräch zu suchen. Um zu helfen – und zwar gemeinsam mit Betriebs- und Personalrat, Schwerbehindertenvertretungen und Werksarzt.

Durch solches „Gesundheitsmanagement“ soll letztendlich verhindert werden, dass aus der Krankheit dauerhafte Beschäftigungsunfähigkeit entsteht. Im Kern geht es darum, die Beschäftigungsfähigkeit auch in höherem Alter zu erhalten. Das Thema hat Konjunktur – noch in den letzten beiden Wochen sprach ich zum gleichen Thema vor 300 Betriebsräten der IG Metall, vor ver.di-Personalräten aus den Reha-Einrichtungen der Deutschen Rentenversicherung und bei einer Tagung der Sozialversicherungsträger.

Noch bevor ich Anfang Dezember in Berlin zum neuen Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses der Ostsee-Parlamentarierkonferenz gewählt wurde, referierte ich über unsere Form der Zusammenarbeit im Norden vor einer europäischen Konferenz in Brüssel, die sich mit der Ostsee-Region befasste.

Termine vor Ort

Daneben gab es vielfältige Termine im Wahlkreis. In Leezen kam ich mit Mitgliedern der Kreisvorstandes Segeberg und SPD-Neumitgliedern zusammen. Besuche bei der ARGE in Bad Oldesloe und der Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaft Stormarn in Ahrensburg machten mir deut-



Voll in Aktion — Franz Thönnies

lich, dass es mit der Integration Arbeitsloser in den Arbeitsmarkt vorangeht, es aber gleichzeitig noch viel Bürokratie zu glätten gilt. Fragen der Verwaltung standen auch im Mittelpunkt eines Treffens der Vorstände der Volks- und Raiffeisenbanken aus den Kreisen Stormarn und Herzogtum Lauenburg.

Im Betreuungswahlkreis 10 informierten MdB-Kollegin Gaby Hiller-Ohm aus Lübeck und ich in Ratzeburg über die anstehende Rentenreform. Das gleiche Thema stand Ende September mit Franz Müntefering in Bargteheide auf dem Programm; der Tag wurde abgerundet mit einer schönen Feier zum 40-jährigen Jubiläum des SPD-Ortsvereins Itzstedt.

Gemeinsam mit Bettina Hagedorn, SPD-MdB aus Ostholstein/Nord-Stormarn und Konrad Nabel, MdL aus Ahrensburg, kämpfe ich um den Erhalt des Forschungsinstitutes für den ökologischen Landbau in Trenthorst bei Westerau. Unsere Aktivitäten und unser gemeinsamer Besuch dort Ende Oktober haben einiges in Bewegung gebracht.

Zwei Ortsvereinsvorsitzenden-Treffen in Leezen und Breitenfelde im Kreisherzogtum Lauenburg überzeugten mich mal wieder, dass sich diese Art und Weise des Meinungs-austausches zwischen „Berlin“

[Fortsetzung von Seite 5] und „Wahlkreis“ bewährt hat. Zustimmung, Nachfragen und kritische Anmerkungen zeigen, dass dies ein gutes Forum des gemeinsamen Dialogs geworden ist.

In Kaltenkirchen informierte ich mich Anfang November über das tolle Engagement der Volkshochschule bei der Qualifizierung, Vermittlung und Eingliederung von jungen und älteren Arbeitslosen. Im Anschluss daran stand eine mit gut 60 Teilnehmern besuchte Veranstaltung zur Gesundheitsreform auf dem Programm. Nach einer lebendigen Debatte war das Fazit schließlich im Kern ein positives. Natürlich war allen klar, dass mit CDU und CSU keine Bürgerversicherung zu machen ist. Gut befunden wurde jedoch, dass es sogar zu Leistungsausweitungen kommt und Kürzungen sowie Einschnitte vermieden werden konnten. Über kritische Punkte wie den Risikostrukturausgleich und den Gesundheitsfonds muss im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens noch geredet werden.

Draht zu Gewerkschaften halten

Bei der AfA-Regionalkonferenz in Bad Oldesloe standen die Themen Mindestlohn, Steuer-, Gesundheits- und Rentenreform im Mittelpunkt. Hier wird noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten sein. Doch ist es gut und ganz wichtig, das SPD und Gewerkschaften eng beieinander bleiben, auch wenn wir zur Zeit einige kritische Punkte auszutragen haben. Deswegen bin ich auch gerne zu zwei ver.di-Konferenzen in Neumünster und Bad Segeberg gegangen, um mit den Kolleginnen und Kollegen über unsere Politik zu diskutieren und mir gleichzeitig ein Bild über ihre Problemstellungen in den Betrieben zu machen.

Mit der SPD-Kreistagsfraktion Segeberg brachte mich das Thema Arbeitslosengeld II zusammen. Hier konnte ich über einige Fortschritte bei der Umsetzung des Gesetzes, neuer Möglichkeiten des Leistungszentrums und einer beabsichtigten Verbesserung der Personalbewirtschaftung informieren.

Ein Zusammentreffen mit der Jugendfeuerwehr Stormarn in Travenbrück gab mir die Möglichkeit, junge Menschen über meine Arbeit als Bundestagsabgeordneter zu informieren und auf ihre Fragen einzugehen.

Die FES Mecklenburg-Vorpommern lud mich



Gemeinsam in Bargteheide: Franz Thönnies und Franz Müntefering

schließlich zu einer Veranstaltung zur Rentenreform nach Rostock ein.

Ehrenamt honorieren

Auf Einladung des SPD-Kreisverbandes Pinneberg hielt ich die Laudatio zur erneuten Verleihung des Walter-Damm-Preises in Appen. Diesmal ging der Preis an eine Elterninitiative, die sich für ein Ganztagsschulangebot für ihre behinderten Kinder eingesetzt hatte. Ein tolles und nachahmenswertes Engagement. Gerne habe ich ebenso beim Kreisjugendring Ahrensburg sowie dem Kinder- und Jugendbeirat der Stadt die Schirmherrschaft für die „Jugendoase Ahrensburg“ übernommen - einem Wettbewerb für Jugendprojekte, die von Jugendlichen für Jugendliche gemacht werden.

Selbstverständlich war natürlich die Teilnahme am Zukunftskongress der schleswig-holsteinischen SPD in Kiel und am SPD-Kreisparteitag Stormarn in Hamberge. Und schließlich gab es zum Jahresausklang die angenehmen Termine der SPD-Weihnachtsfeier mit Jubilarehrung in Norderstedt und das traditionelle Matjesessen bei der SPD in Kattendorf – zum 12. Mal war ich schon dort! Besonders schön diesmal war, dabei drei neue SPD-Mitglieder begrüßen zu können. Es geht doch!

IMPRESSUM

Herausgeber: Franz Thönnies

Redaktion: Franz Thönnies, Benjamin Seyd

Redaktionsadresse: Berliner Büro, Platz der Republik 1, 11011 Berlin



Veranstaltung: Fraktion vor Ort

Am 5.12. fand im Trappenkamper Bürgerhaus unter dem Motto „Unsere Handschrift — Politik für mehr Arbeitsplätze“ eine Veranstaltung zu sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik statt. Eingeladen hatte die SPD-Bundestagsfraktion, Franz Thönnies hielt erst einen Vortrag und moderierte dann eine hochkarätig besetzte Podiumsdiskussion.

„Das rege Interesse unterstreicht, dass Arbeit das zentrale Thema ist und dass man Menschen mehr Perspektiven verschaffen muss“, sagte Franz Thönnies zu Beginn der gut besuchten Veranstaltung, auf der sich Teilnehmer und Gäste eine mitunter kontroverse Diskussion lieferten.

Mit dabei waren neben Thönnies Eberhard Schmidt-Elsäßer, Staatssekretär im Kieler Arbeitsministerium, Jens-Peter Stahl, stellvertretender Geschäftsführer der Arbeitsagentur Neumünster, Werner Schulz, Bürgermeister von Trappenkamp, und Bernd Jorkisch, Präses der IHK Neumünster.

Einig waren sich alle in ihrer Freude über die guten Zahlen: „Die Wende am Arbeitsmarkt ist vielleicht geschafft“, sagte Thönnies, um gleich anzufügen:

„Das heißt aber nicht, dass wir am Ziel sind.“ Schmidt-Elsäßer freute sich über die guten Zahlen aus Schleswig-Holstein, hob zugleich aber die Bedeutung intensiver Betreuung arbeitsloser Menschen hervor.

Werner Schulz betonte die Verantwortung, die den Kommunen dabei durch die Schaffung geeigneter Rahmenbedingungen zukommt. Durch Ausbildungsmessen, Hort- und Krippenplätze, Sprachkurse, Schulen, Büchereien, Hilfen bei Existenzgründungen, Bewerbungscafés und 1-Eurojobs stiegen die Chancen auf Beschäftigung.

Bernd Jorkisch unterstrich die zunehmende Bedeutung älterer Arbeitnehmer – es werde Zeiten geben, in denen die Wirtschaft händeringend 50- und auch 60-jährige Arbeitnehmer suchen werde. Auch Thönnies unterstrich, dass es nach dem Fehler der Frühverrentung entscheidend darauf ankomme, die Chancen älterer Arbeitnehmer zu verbessern.

Angehen müsse man auch das Thema Mindestlohn. Tarifabschlüsse wie der für das Friseurhandwerk in Thüringen mit 3,18 Euro pro Stunde seien sittenwidrig, so Thönnies.

Bürgerbüro

Oldesloer Straße 20
23795 Bad Segeberg
Tel.: 04551—968383
Fax.: 04551—967338

E-mail: buergerbuero@thoennes.de

Berliner Büro

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030—227—71128
Fax.: 030—227—76828

E-mail: franz.thoennes@bundestag.de

REDEN

Freitag, 3.11., auf der job-Veranstaltung in Stuttgart: zum Betrieblichen Eingliederungsmanagement

Mittwoch, 8.11., anlässlich der Verleihung des IZA-Preises in Berlin: zu „Politik für Arbeit — Teilhabe und Vertrauen in soziale Sicherheit stärken“

Sonntag, 26.11., beim SPD-Kreisverband Pinneberg im Bürgerhaus Appen: Laudatio zur Verleihung des Walter-Damm-Preises 2006

Donnerstag, 30.11., im Plenum des Deutschen Bundestages: zur Ausweitung der Opferentschädigung bei Gewalttaten

Donnerstag, 30.11., im Plenum des Deutschen Bundestages: zur Festsetzung der Beitragssätze in der Gesetzlichen Rentenversicherung und zur Verwendung der Überschüsse der Bundesagentur für Arbeit

Freitag, 01.12., im Plenum des Deutschen Bundestages: zur Änderung des SGB II und zum Finanzausgleichsgesetz

Mittwoch, 6.12., auf dem Kongress der IG-Metall in Berlin: Grußwort zum Thema „Gute Arbeit“

Donnerstag, 7.12., auf einer Veranstaltung der Sozialversicherungsträger Deutschlands: Grußwort zum Thema „Gesund länger arbeiten — gesund in Rente.“

Freitag, 8.12., anlässlich der Verleihung des BIENE-Awards in Berlin: zu barrierefreiem Internetzugang.

Mehr zu Franz Thönnnes und seinen Reden unter www.thoennes.de

Das Bürgerbüro in Bad Segeberg bleibt zwischen dem 19.12. und 1.1., das Berliner Büro zwischen dem 23.12. und 7.1. geschlossen.

Zu Gast bei Franz Thönnnes

Der Bergedorfer Gewerkschaftsjunior Nils Bolwig begleitete Franz Thönnnes eine Woche lang bei seiner Arbeit in Berlin.

„Die Herausforderungen für die Zukunft des Sozialstaates können wir nur im kollegialen Miteinander meistern“, so IG Metall Gewerkschaftsjunior Nils Bolwig (32) zum Ergebnis des Berliner Dialogs zwischen SPD-Bundestagsfraktion und jungen Gewerkschaftern in der vergangenen Sitzungswoche. Und Franz Thönnnes, SPD-MdB und Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, ergänzte: „Das Band zwischen SPD und Gewerkschaft ist und bleibt ein wichtiger Pfeiler für die soziale Marktwirtschaft“.

Franz Thönnnes musste nicht lange nachdenken, ob er sich an der Kooperation mit den Gewerkschaften beteiligen sollten. Thönnnes: „Ich habe seit Jahren gute Erfahrungen mit den Wirtschaftsunioren gemacht, da war es gar keine Frage, mich auch bei der jetzigen Initiative zu beteiligen.“ Gewerkschaftssekretär Nils Bolwig von der IG Metall Bergedorf, deren Betreuungsgebiet auch den Wahlkreis von Franz Thönnnes umfasst, war einer der ersten Gewerkschaftsjunioren in der SPD-Bundestagsfraktion. Er begleitete Franz Thönnnes eine Woche bei seiner politischen Arbeit in Berlin.

Ziel dieser neuen Art des Erfahrungsaustausches mit jungen Gewerkschaftern war es, die Arbeit eines Bundestagsabgeordneten sowie das Gesetzgebungsverfahren in der Praxis erleben zu können. So standen die Teilnahme an Arbeitsgruppen- und Ausschusssitzungen genauso auf der Tagesordnung wie die Begleitung zu Themenveranstaltungen. Auch fanden Gespräche mit Vizekanzler Franz Müntefering, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden Peter Struck, Finanzminister Peer Steinbrück und SPD-Generalsekretär Hubertus Heil statt.

Die hierbei entstandenen Eindrücke sind mit Sicherheit positive Anknüpfungspunkte



Verstanden sich blendend: Franz Thönnnes und Nils Bolwig vor der Berliner Reichstagskuppel

für die die weitere Zusammenarbeit zwischen SPD und der IG Metall. Auch gewinne man während einer derartigen Woche mehr Verständnis für die unterschiedlichen Meinungsbildungsprozesse und Entscheidungen: „Hierin mal einen Einblick zu erhalten ist gut für die eigene Arbeit“, so Nils Bolwig. „Natürlich wäre es gut, wenn Bundestagsabgeordnete auch mal ein Praktikum im Gewerkschaftsaltag machen würden“, ergänzt der Gewerkschaftsjunior.

Thönnnes unterstützt ihn dabei uneingeschränkt, war er doch vor seiner Mitgliedschaft im Deutschen Bundestag selbst 14 Jahre als Gewerkschaftssekretär tätig. „Nach dieser guten Woche ziehen wir eine positive Bilanz und nehmen uns vor, gemeinsam für einen weiteren Austausch im Rahmen derartiger Praktika zu werben, denn schließlich können wir die Wurzeln zwischen SPD und Gewerkschaft nur im Dialog stärken“, betonen Franz Thönnnes und Nils Bolwig abschließend.

Crew von Franz ergänzt

Seit 1. November verstärken zwei neue Mitarbeiter das Berliner Büro: **Flemming Krause**, 26, Student der Sozialwissenschaften an der Humboldt-Uni, und **Benjamin Seyd**, 23, Student der Politikwissenschaft an der Freien Universität. Beide kommen ursprünglich aus dem Norden, der eine aus Fahrenkrug bei Bad Segeberg, der andere aus Hamburg. Die Zwei freuen sich auf die neue Herausforderung und auf gute Zusammenarbeit mit Franz Thönnnes und den anderen „Berliner“ Mitarbeitern, Sabine Herget und Julia Stöber.



Flemming Krause (links) und Benjamin Seyd